Anzeigengebühren: 40 Pfg. für die 5mal gespaltene Millimeterzeile. Auswärts 70 Pfg., Familien-Anzeigen 50 Pfg., für die Empfehlungszeile 250 Pfg. Erfüllungsort Castrop. Der etwa gewährte Rabatt erlischt bei Konkursen, Zwangsvergleichen und gerichtlichen Klagen.
Größere Anzeigen werden bis mittags, kleinere bis 4 Uhr nachmittags vor Ausgabe der Zeitung erbeten.
Postscheckkonto: 40 150 Köln. — Fernsprech-Anschluß Nr. 6.
Verantwortlich für den Schriftteil: Franz Joseph Prunz, Castrop.

Castroper Anzeiger

Castroper Zeitung

48. Jahrgang

Die Castroper Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage und kostet durch Boten frei ins Haus gebracht 18,00 Mark (im voraus zahlbar) für den Monat. Postbezug 39,00 Mark für das Vierteljahr, ohne Postbestellgeld. Falls wir in der Herausgabe und Zustellung der Zeitung gehindert sind, hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung des Blattes oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Geschäftsstelle u. Schriftleitung: Münsterstraße 24. Sprechstunden der Schriftleitung werktags 6—7 Uhr nachmittags.

Rauxeler Neueste Nachrichten — Rotationsdruck und Verlag: Castroper Zeitung (Geschw. Schmitz), Castrop — Bladenhorster Tageblatt

Amtl. Veröffentlichungsblatt für den Landgerichtsbezirk Dortmund, für die Stadt Castrop und die Ämter Rauxel und Bladenhorst
Alle amtlichen Bekanntmachungen der Stadt Castrop, der Ämter Rauxel und Bladenhorst erlangen nach Veröffentlichung in obigen Blättern rechtsverbindliche Kraft.

Nr. 72 — Montag, den 27. März — 1922

In aller Kürze.

Neuigkeiten von Nah und Fern.

Bei der Beratung der preußischen Grundsteuer im Ausschuß des preußischen Landtages wurde die Zuarundelegung des gemeinen Wertes bei der Veranlagung abgelehnt.

•

Dem „Lokalanzeiger" zufolge wird die deutsche Delegation für Genua am 8. April abreisen.

•

Wer gewerbsmäßig Wetten bei öffentlichen Leistungsprüfungen für Pferde abschließen oder vermitteln will, bedarf der Erlaubnis, die nur an deutsche Reichsangehörige erteilt werden darf.

•

Der oldenburgische Ministerpräsident Tantzen verhält sich gegenüber dem Anerbieten, das Reichsernährungsministerium zu übernehmen, entschieden ablehnend. Tantzen will seine Kraft auch in Zukunft lediglich der oldenburgischen Politik widmen.

•

Die Humanite kündigt von kommendem Sonntag an sensationelle Enthüllungen über die Kriegsverantwortlichkeit an. Es handelt sich um offizielle und geheime diplomatische Noten aus den Jahren 1910 bis 1914, die der Attache beim Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten der Regierung von Moskau, der frühere Petersburger Korrespondent des Figaro und französische Staatsbürger Rene Marchand veröffentlichen wird.

•

Der bekannte katholische Politiker Denys Cochin, der im politischen Leben Frankreichs jahrzehntelang eine führende Rolle spielte, ist heute im Alter von 72 Jahren gestorben. Er war zu Beginn des Krieges Staatsminister im Ministerium Viviani und hat auch eine Zeitlang die französische Regierung in Athen vertreten. 1917 war er im Kabinett Ribot Unterstaatssekretär für die Blockade.

•

Die Arbeitgeber in der englischen Baumwollindustrie haben beschlossen, ihren 250 000 Arbeitern mitzuteilen, daß Ende April eine neue Herabsetzung der Löhne vorgenommen werden wird.

•

Havas meldet aus London: In den 36 Haupthäfen des vereinigten Königreichs liegen Handelsschiffe im Gesamttonnengehalt von 2 Millionen, die keine Fracht erhalten können. Davon sind 1 900 000 englische.

•

Nachts wurde in Belfast (Irland) ein Schankwirt, seine drei Söhne und der Kellner, die alle Katholiken waren, aus dem Bett geholt und erschossen.

•

Das englische U-Boot N 42 ist bei Gibraltar nach einem Zusammenstoß mit einem Zerstörer mit der gesamten Mannschaft gesunken.

•

Die spanische Regierung wird sich an dem Hilfswerk für die Hungerleidenden in Rußland inoffiziell beteiligen.

•

Die Berliner russische Zeitung „Golos Rossij" meldet, Lenin sei bereits von seinem Posten zurückgetreten, da ihm die Aerzte strengste Schonung auferlegt hätten.

•

Die Vermählung des Königs Alexander von Serbien ist auf den 1. Juni festgesetzt.

•

Nachrichten aus Cleveland zufolge besteht die Befürchtung, daß die Eisenbahner sich der Lohnbewegung der amerikanischen Grubenarbeiter anschließen und ebenfalls für eine Lohnerhöhung kämpfen werden.

•

Um den Verbrechen Einhalt zu gebieten, hat das Ulsterparlament einen Antrag angenommen, der die Todesstrafe legalisiert für Personen, die der Fabrikation oder des Werfens von Bomben schuldig befunden werden.

•

Einer Meldung des „Newyork Herald" aus Washington zufolge trage man sich in amerikanischen Kreisen mit der Absicht, von Deutschland an Stelle der Gestattung der Besatzungskosten für 1922 Lieferung deutscher Farbstoffe zu verlangen.

•

Reuter meldet aus Riga, daß der Volkskommissar für Auswärtiges Tschitscherin an Stelle Lenins die Sowjetdelegation für Genua führen werde.

Letzte Drahtmeldungen.

Wirth geht nicht nach Genua.

Berlin, 25. März. Die deutsche Delegation für Genua wird laut Berliner Tageblatt aus 80 Mitgliedern bestehen. In dieser Zahl ist auch sämtliches Bureaupersonal einbegriffen. Die Zahl ist bereits den zuständigen italienischen Stellen mitgeteilt worden. Die amen der deutschen Delegierten stehen bis zur Stunde noch nicht fest. An unterrichteter Stelle wird versichert, daß angesichts der Lage, die durch die neue Reparationsnote geschaffen worden ist, die Reise des Reichskanzlers nach Genua zum mindesten als sehr zweifelhaft erscheinen muß.

Die Autonomie Oberschlesiens

Berlin, 25. März. Der preußische Ministerpräsident Braun erklärte einem Vertreter des sozialdemokratischen Pressedienstes in Ergänzung seiner Rede auf der Breslauer Messe, in der er sich auch mit dem Verhältnis Oberschlesiens mit Preußen beschäftigte, daß die preußische Regierung, die seinerzeit bei Erlaß des Reichsgesetzes über die Autonomie Oberschlesiens ausdrücklich erklärte, daß sie der Durchführung der Abstimmung über die Autonomie keine Schwierigkeiten in den Weg legen werde, diese Zusicherung auch heute noch aufrechterhalte, obwohl das Gesetz das Verbleiben ganz Oberschlesiens bei Deutschland zur Voraussetzung gehabt habe. Braun erklärte weiter, es sei selbstverständlich, daß die preußische Staatsregierung die Entscheidung der Oberschlesier achten werde, und gerdade deshalb habe er es für seine Pflicht gehalten, bei einer ihm geeignet erscheinenden Gelegenheit auf die wirtschaftlichen Folgen dieser für Oberschlesien, Preußen und ganz Deutschland schwerwiegenden Entscheidung hinzuweisen.

Ernste Lage der oberschlesischen Verhandlungen.

Berlin, 25. März. Ueber die Verhandlungen in Genf liegen an hiesigen zuständigen Stellen außer den Meldungen der Blätter und des Wolffbureaus noch keine näheren Berichte vor. Die Lage selbst wird jedoch, als überaus ernst bezeichnet. Reichsminister a. D. Schiffer trifft am Montag in Berlin ein, nähere Aufklärungen dürften nach seiner Rückkehr alsbald erfolgen.

Kohlensteuer auf ausländische Kohlen.

Essen, 25. März. Die Kohlensteuer auf eingeführte ausländische Kohle, die ab 1. April d. J. ebenso wie für inländische Kohle 40 v. H. beträgt, soll nach einer Anordnung des Reichskohlenkommissars nach dem Einfuhrwert der ausländischen Kohlen berechnet werden, sondern nach dem Inlandpreis der entsprechenden deutschen Kohlensorte. Bei dem hohen Stand der fremden Wechselkurse bedeutet diese Bestimmung eine Ermäßigung der Steuer auf eingeführte ausländische Kohlen um ungefähr ein Viertel.

Die Grundsteuer vor dem Landtagsausschuß.

Berlin, 25. März. Der Grundsteuerausschuß des preußischen Landtags beendete am Samstag die erste Lesung des Grundsteuergesetzes. Abgelehnt wurde der Antrag, die Wohngebäude von der Staatssteuer freizulassen, auch die Anträge, die Gemeinden an dem Ertrage der Steuer zu beteiligen, wurden abgelehnt. Annahme fand der demokratische Antrag, daß die Grundstücke, die durch die Gewerbesteuer erfaßt werden, von der Staatssteuer frei zu lassen sind. Mit dem 1. April 1925 tritt das Gesetz außer Kraft, da inzwischen eine Neuregelung erfolgt sein wird. Die zweite Lesung der Ausschußberatungen wird am 24. April beginnen.

Das Münchener Löwenbräu in Flammen.

München, 27. März. In der Pechhalle der Löwenbrauerei in München ist am Sonntag früh 4 Uhr ein Riesenbrand ausgebrochen, der sich auf die Faßlagerhalle und das Kistenlager ausdehnte. Hunderte von wertvollen Fässern und ein großer Teil des Kistenlagers wurden vernichtet. Die Berufsfeuerwehr und die aufgebotenen freiwilligen Feuerwehren waren mit 12 Spritzen zur Stelle, von denen 7 mit 35 Schlauchleitungen das Feuer 4½ Stunden bekämpften. Es war der größte Brand, den München seit Jahrzehnten gesehen hat.

Die Reichsregierung beharrt bei der Ablehnung.

Berlin, 25. März. Die Beratungen der Regierung über die Note der Reparationskommission wurden heute den ganzen Vormittag fortgesetzt. Es fanden aber nur Ressortbesprechungen statt. Wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, steht die Reichsregierung noch auf dem Standpunkt, den auch alle Parteien teilen, daß die 60-Milliarden-Forderung und die Finanzkontrolle durch die Entente aufs schärfste abzulehnen sei.

In den Wandelgängen des Reichstags war es heute vormittag sehr still. Viele Abgeordnete haben Berlin verlassen und kehren erst Montag wieder zurück. Die erste Fraktionssitzung der drei Koalitionsparteien ist für Montag vormittag angesetzt. Die Dienstags-Sitzung wird um 2 Uhr nachmittags ihren Anfang nehmen und man wird sofort in die große politische Debatte eintreten.

Weitere Ablehnung der Note durch die Fraktionen.

Berlin, 25. März. Die Besprechungen über die Note der Reparationskommission wurden in nichtoffizieller Form fortgesetzt. Wie die Blätter melden, verhält man sich in allen Fraktionen bis hinüber zu den Unabhängigen gegenüber den Forderungen nach 60 Milliarden neuer Steuern scharf ablehnend. Auch die Forderung der Kommission nach einer Finanzkontrolle über Deutschland wird als unerfüllbar bezeichnet.

Wer hat die neue Reparationsnote veranlaßt?

Nach Pressemeldungen aus Paris scheint es bei den Verhandlungen der Reparationskommission über ein an Deutschland zu gewährendes Moratorium zunächst zu ernsten Differenzen gekommen zu sein. England und Italien widersetzten sich besonders dem vom belgischen Delegierten Delacroix vorgelegten Projekt einer Finanzkontrolle Deutschlands, bei dem u. a. auch die Forderung enthalten war, daß Deutschland zu den neuen Steuern noch weitere 60 Milliarden durch weitere Steuern aufbringen müßte. Der belgische Delegierte erklärte, Belgien könne einem Moratorium nicht zustimmen, wenn es nicht ernste Sicherungen von Deutschland erhalte. Aber es ist wahrscheinlich, daß dieser von Belgien vorgelegte Plan letzten Endes doch von Frankreich stammt und daß Frankreich nur deshalb von Belgien den Plan vortragen ließ, damit er nicht von vornherein von dem englischen und italienischen Delegierten mit allzu großer Voreingenommenheit aufgenommen würde. Natürlich trat Frankreich dem Plane sofort bei, und es scheint, daß schließlich Japan als fünfter im Bunde den Ausschlag gegeben hat.

Es wird nun abzuwarten sein, ob sich die englische und italienische Regierung an diesen einschneidenden Beschluß gebunden erachten.

Reparationsnote und Sachlieferungen.

Paris, 25. März. Die verschiedenen Abmachungen über die Naturallieferungen Deutschlands müssen von der Reparationskommission gebilligt werden, bevor sie verwirklicht werden können. Es handelt sich bekanntlich um drei Abmachungen, Wiesbaden, die von Bemelmann in Berlin abgeschlossene und um das französisch-deutsche Abkommen vom 15. März 1922. Die zweite dieser Abmachungen, das Bemelmann-Abkommen, unterscheidet sich von den beiden anderen dadurch, daß hier auf Anordnung der Reparationskommission verhandelt wurde. In dem Augenblick, wo die Reparationskommission dieses gebilligt haben wird, kann es ins Leben treten und gemäß den Bestimmungen des Versailler Vertrages wird es für alle Mächte bindend sein, die den Versailler Vertrag unterzeichnet haben. Das Abkommen von Wiesbaden und das Berliner Abkommen vom 15. März wurde ausschließlich zwischen der französischen und deutschen Regierung abgeschlossen. Das Abkommen von Wiesbaden ist nur unter gewissen Vorbehalten von den Finanzministern Frankreichs, Englands, Italiens und Belgiens gebilligt, das deutsch-französische Abkommen durch die alliierten Regierungen bisher nicht geprüft worden. Die Reparationskommission begann mit der Prüfung des deutsch-französischen Abkommens heute morgen.

Der Eindruck der Reparationsnote in Schweden.

Stockholm, 25. März. Die Note der Reparationskommission an Deutschland wird in Schweden allgemein abgelehnt. Man will nicht glauben, daß es nach den Erfahrungen der letzten Jahre tatsächlich immer noch Leute gibt, die solche Beschlüsse fassen können.

Die Besatzungslasten von Düsseldorf und Duisburg

Von H. H. Bormann.

Ein volles Jahr dauert nunmehr die Besetzung von Düsseldorf und Duisburg. Am 9. März 1921 wurden über die beiden Städte der schwere Druck der militärischen „Sanktionen" verhängt. Während die gleichzeitig in Kraft getretenen wirtschaftlichen „Sanktionen" nach Unterzeichnung des Ultimatums zum größten Teil wieder abgebaut worden sind, bestehen die militärischen, die Besetzung von Düsseldorf und Duisburg, ohne jeden Rechtsgrund noch heute. Diese Aufrechterhaltung der militärischen „Sanktionen" bedeutet eine unheilvolle Erschütterung des Rechtsgefühls.

Düsseldorf und Duisburg stehen noch heute unter dem militärischen Belagerungszustand, also ausschließlich unter Militärherrschaft. Die Ordonnanzen der Rheinlandkommission haben in diesen beiden Städten keine Gültigkeit. Alle Macht liegt in den Händen des französischen und belgischen Generals. Wie sehr eine solche Militärherrschaft in die bürgerlichen Rechte der Bevölkerung, in das gewerbliche Leben, in die Freiheit der Presse und in die Selbstverwaltung eingreift, liegt klar auf der Hand.

Mit am schwersten wird die Bevölkerung bedrückt durch die rigorose Beschlagnahmung von Wohn- und Unterbringungsräumen für die Offiziere und Truppen. Obwohl in Düsseldorf, das Garnisonstadt war, Kasernen vorhanden sind, wurden außer diesen Kasernen eine Reihe anderer militärischer Gebäude, wie das Bezirkskommando, Militärgericht und ferner zahlreiche Schulen und andere öffentliche Gebäude beschlagnahmt. Zeitweilig waren mehr als 300 Schulklassen ihrer Bestimmung entzogen. Auch heute sind, trotzdem für die Besatzungstruppen eigens ein größerer Kasernenneubau errichtet werden mußte, noch 2 Schulen ganz von Truppen belegt. Eine weitere Schule ist für den Unterricht der Kinder der Besatzungsangehörigen beschlagnahmt. Für Offiziere und teilweise für die Unterbringung von Unteroffizieren mußten Bürgerhäuser zur Verfügung gestellt werden. Bis zu 1200 solcher Offiziersquartiere wurden zeitweilig gefordert, und heute noch sind über 300 Wohnungen von je 2 bis 8 Räumen in Düsseldorf beschlagnahmt. Auch eine größere Anzahl von Büroräumen mußten für die Besatzungsbehörde frei gemacht werden. In Duisburg ist die Wohnungsbeschlagnahmung noch größer; denn Duisburg hat im Frieden niemals Militär gehabt und verfügt deshalb über keine Kasernen. Hier sind bis zu 26 Schulen, ferner zahlreiche Turnhallen und Säle, beschlagnahmt worden. Außerdem mußten bis zu 1285 Privatquartiere bereitgestellt werden. Heute, wo die Besatzung in Duisburg von einem Bestand im Mai v. Js. 25 000 Mann auf 4500 Mann zurückgegangen ist, sind immer noch 7 Schulen und 34 Säle als Massenquartiere beschlagnahmt. Außerdem beansprucht heute noch die Besatzung 59 Privatquartiere mit 1115 Zimmern und 254 Küchen. Die Stadt Duisburg, die wie jede Großstadt sehr unter Wohnungsnot zu leiden hat (es fehlen in Duisburg 11 000 Wohnungen), hat seit Juli v. Js. wiederholt sich bereiterklärt, kasernenmäßige Baracken für die Unterbringung der Besatzungstruppen bauen zu lassen. Die belgische Besatzungsbehörde hat aber hierzu bis jetzt ihre Zustimmung noch nicht gegeben. Sie stellt vielmehr an die Stadt das dreiste Ansinnen, sie solle zuerst bescheinigen, daß sie die Baracken aus eigenem freien Willen bauen werde, also gewissermaßen aus Wohlwollen für die Besatzungstruppen. Die Einquartierungslasten in Duisburg haben in dem einem Jahr Besatzungszeit insgesamt 40 Millionen Mark Unkosten verursacht.

In Düsseldorf hat die beschleunigte Herstellung der Kasernenneubauten einen Kostenaufwand von 30 Millionen Mark verursacht. Zur Ausstattung von Quartieren mußten weiter bisher 20 Millionen Mark aufgewandt werden. Bauliche Aenderungen in Massen- und Einzelquartieren, die auf Befehl der Besatzungsbehörde ausgeführt werden mußten, verursachten außerdem noch etwa 10 Millionen Mark Kosten. Auch die Vorteile, die sich die Besatzungstruppen aus eigener Machtvollkommenheit zugestehen, verursachen der Stadtverwaltung erhebliche Kosten. So müssen in Düsseldorf sämtliche Militärpersonen, mit Ausnahme der Offiziere, auf der Straßenbahn gegen eine Vergütung von 0,50 M. befördert werden, während der Mindestfahrpreis für die Zivilbevölkerung 2 Mark beträgt. Das bedeutet natürlich einen erheblichen Einnahmeausfall. Der Einnahmeausfall in den städtischen Theatern, wo jeden Abend 2 Logen und eine Anzahl anderer Plätze unentgeltlich der Besatzungsbehörde zur Verfügung gestellt werden müssen und wo überdies auf allen anderen Plätzen die Militärpersonen nur die Hälfte des eigentlichen Eintrittspreises bezahlen, beträgt im Monat 60 000 Mark. Bei militärischen Empfängen und Paraden müssen die Straßen der Stadt mit Sand bestreut und oft stundenlang gesperrt werden. Die Straßenbahnen können während dieser Stunden zum großen Teil nicht verkehren. Der Verlust an Fahrgeld aus solchen Anlässen ist mit einigen Hunderttausend Mark noch niedrig bemessen, ganz abgesehen von den weit größeren allgemeinen wirtschaftlichen Schäden derartiger sinnloser Verkehrsunterbindungen.

In Düsseldorf mußte die rund 1200 Mann starke grüne Polizei beim Einrücken der Besatzungstruppen sofort auf 600 Mann verringert werden. Eine Verstaatlichung der blauen städtischen Polizei, die in Düsseldorf wie auch in Duisburg bereits in die Wege geleitet war, ist von der Besatzungsbehörde verboten wor-

en. Der Oberbürgermeister von Duisburg, der in einer Sitzung der Stadtverordnetenversammlung diese Frage der Verstaatlichung der Polizei einmal erwähnte, wurde sofort protokollarisch vernommen und verwarnt. Dabei genügen die vorhandenen städtischen Polizeistreitkräfte in beiden Städten keineswegs, um die Sicherheit zu gewährleisten, denn ihre Bewaffnung ist völlig unzureichend. In Duisburg kommt auf je drei Polizisten ein Karabiner. Wie wenig die Besatzungsbehörde selbst für Sicherheit sorgt, zeigt folgender Vorfall: Während der kommunistischen Unruhen war ein Anschlag auf die Banken geplant. Die Stadtverwaltung von Duisburg, die davon Kenntnis erhielt, bat die belgische Besatzungsbehörde um Hergabe von Waffen für die Polizisten. Das wurde verweigert, jedoch der Stadtverwaltung auferlegt, unbedingt für die Sicherheit zu sorgen. Die Belgier selbst taten nichts. Zahlreich sind in Duisburg die Fälle von Roheitsausschreitungen der Besatzungstruppen. Allein in den letzten Monaten sind über 250 derartige Fälle vorgekommen. Besonders wird in den Arbeitervierteln die Bevölkerung stark von den belgischen Soldaten belästigt. Die Kontrolle der Paßausweise durch die Patrouillen ist direkt zu einer Paßschikane ausgewachsen. Die Patrouillen zeigen überhaupt große Willkür. Oefters lösen sie Versammlungen auf, auch solche, die vorher regelrecht von der Besatzungsbehörde genehmigt worden sind.

In Düsseldorf sind in dem einen Jahre Besatzungszeit über 100 Personen zu teils erheblichen Freiheitsstrafen und über 400 Personen mit Geldstrafen, darunter mehrere bis zu 10 000 Mark, bedacht worden. 47 Personen wurden aus Düsseldorf ausgewiesen. In beiden Städten findet noch heute eine Zensur, und zwar eine offene und eine geheime, durch die Besatzung statt. Auch die gesamte Verwaltung untersteht der Ueberwachung. Berichte an Vorgesetzte und Verfügungen an unterstellte Behörden müssen der Besatzungsbehörde zur Genehmigung vorgelegt werden. Ebenso sind alle Ernennungen, Versetzungen und Entlassungen, ja sogar alle über vier Wochen währenden Beurlaubungen von Beamten in leitender Stellung, Lehrern und Polizeibeamten der Besatzungsbehörde anzuzeigen.

Daß natürlich auch die Presse in diesen unter dem Belagerungszustand stehenden Städten schwer zu leiden hat, ist selbstverständlich. Jede Erörterung der Kriegsschuld, auch wenn sie völlig unter innerpolitischem Gesichtspunkte erfolgt, ist verboten. Während der Abstimmung in Oberschlesien waren alle Aufsätze und Abhandlungen über Oberschlesien unter Vorzensur gestellt. In Duisburg sind fast sämtliche Zeitungen schon von einem Verbot betroffen worden. In Düsseldorf wurden das „Düsseldorfer Tageblatt" und die „Düsseldorfer Zeitung" wiederholt verboten und ihre Schriftleiter mit Gefängnis bezw. Geldstrafen bedacht.

Die schweren Besatzungslasten, welche die beiden großen Industrie- und Handelsstädte zu tragen haben, die Rechtsunsicherheit, die durch den immer noch währenden Belagerungszustand hervorgerufen ist haben ungemein schwere Folgen für das gesamte wirtschaftliche Leben. Die städtischen Finanzverhältnisse in beiden Städten sind auf das schwerste gefährdet. Es wird höchste Zeit, daß dem Abbau der wirtschaftlichen Sanktionen möglichst bald auch die Beseitigung der militärischen Sanktionen folgt und Düsseldorf und Duisburg von der Besatzung befreit werden.

Aus dem Reiche.

Eine neue Schupo-Note.

Berlin, 25. März. Dem Reichsminister des Auswärtigen ist am 24. März eine Note des Vorsitzenden der interalliierten Militär-Kontrollkommission in der Ordnungspolizeifrage zugegangen. In dieser Note heißt es u. a.: Die deutsche Regierung hat auf folgende Fragen keine Antwort gegeben: 1. Bezüglich der Maßnahmen, die bezwecken, das Anstellungsverhältnis bei der Polizei gesetzlich zu regeln; 2. bezügl. der Abschaffung der Verwaltungsdienststellen der Schutzpolizei; 3. bezügl. der Abschaffung der Stäbe, die unter verschiedenen Formen bei Zivilbehörden gebildet sind; 4. bezügl. der Verabschiedung der militärischen Kadres der Sicherheitspolizei, die in der jetzigen Polizei enthalten geblieben sind; 5. bezügl. des Verbots militärischer Uebungen, da die Polizeiangestellten gemäß Artikel 122 des Friedensvertrages nur im Einzelgebrauch der ihnen zur Verfügung gestellten Waffen unterrichtet werden dürfen. Die Kommission besteht darauf, heißt es zum Schluß, daß es notwendig ist, diese Lücken auszufüllen und die angeführten Auslassungen nachzuholen. Es wird die Notwendigkeit betont, diesen Forderungen Rechnung zu tragen derart, daß die deutschen Länder spätestens zum 25. Mai alle Ausführungsbestimmungen erlassen, die zur Sicherung der Umgestaltung ihrer Polizei unentbehrlich sind.

Hemmungen der Genfer Oberschlesien-Konferenz.

Die Polen wollen „liquidieren".

Genf, 25. März. In der öffentlichen Sitzung der deutsch-polnischen Konferenz stellte Calonder fest, daß er die Hoffnung auf eine Vermittlung noch nicht aufgegeben habe, und teilte mit, daß in den meisten anderen Fragen eine Einigung erzielt worden sei. Darauf legte Reichsminister Schiffer den deutschen Standpunkt in der Liquidationsfrage dar. Der polnische Bevollmächtigte Olschewski forderte hierauf mit aller Schärfe das Recht für Polen, eine allgemeine Regelung des deutschen Besitzes in Oberschlesien vorzunehmen. Er besprach die Zuständigkeit der Botschafterkonferenz und des Schiedsgerichts in der Liquidationsfrage. Der Beschluß der Botschafterkonferenz bezwecke nur die Dauer der Liquidationsrechte von 15 Jahren für industrielle Unternehmungen, Bergwerke usw. Im übrigen bleibe das Liquidationsproblem unberührt durch den Beschluß der Botschafterkonferenz, da es durch den Versailler Vertrag gelöst werden wird. Reichsminister Schiffer antwortete mit einer ausführlichen Darlegung der Rechtslage. Der zu schließende Vertrag müsse sich auch auf die Liquidationsfrage beziehen. Man könne diese Fragen nicht vom Schiedsspruch ausschließen. Der Versailler Vertrag sei nicht allgemein zuständig, sondern nur in Verbindung mit dem Beschluß der Botschafterkonferenz, der ja gerade die Anwendung des Versailler Vertrages auf die besonderen oberschlesischen Verhältnisse festzulegen hätte. In einer kurzen Entgegnung beharrte Olschewski bei seiner Auffassung und erklärte, daß in der Liquidationsfrage der Versailler Vertrag maßgebend und für seine Auslegung der Oberste Rat allein zuständig sei. Calonder schloß die Sitzung indem er erklärte, daß er die Darlegungen der beiden Bevollmächtigten prüfen werde. Die Entscheidung in allen diesen Fragen werde er gleichzeitig vorlegen. Man hat hier den Eindruck, als wenn der Schiedsspruch in der Liquidationsfrage wie in anderen strittigen Fragen wesentlich später erfolgen werde wie ursprünglich beabsichtigt. Die nächste Sitzung, in der die übrigen Fragen besprochen werden sollen, wird unter Ausschluß der Oeffentlichkeit stattfinden.

Keine Einigung in der Liquidationsfrage.

Genf, 25. März. Die deutschen und polnischen Bevollmächtigten beendeten gemeinsam mit dem Präsidenten Calonder in nichtöffentlicher Sitzung die offiziellen Verhandlungen über die bisher noch strittig gebliebenen Punkte. Bezüglich des Artikels 256 des Versailler Vertrages wurde eine Einigung dahin erzielt, daß die Frage der Auslegung dieses Artikels nicht der Zuständigkeit der in der Genfer Note vorgesehenen internationalen Instanzen unterliegt. Ebenso wurde eine Einigung über die zuständigen Instanzen für die Zollfragen herbeigeführt. Ueber die Kompetenz der gemischten Kommission für den Minderheitenschutz sind aber noch Besprechungen zwecks Einigung im Gange, dagegen dürften die kleineren Vorlagen, über die keine Einigung erzielt werden konnte, endgültig unter den Entscheid des Präsidenten Calonder fallen. Diese letzten Meinungsverschiedenheiten verlieren aber an Bedeutung angesichts der eigenartigen Wendung, die die Verhandlungen infolge der Haltung der Polen in der Liquidationsfrage im Laufe der gestrigen Vollsitzung nahm. Die Erwartung Calonders, daß sich hier noch eine Einigung erzielen lassen werde, erfüllte sich heute nicht. Der polnische Bevollmächtigte beharrte vielmehr auf seinem Standpunkt, wonach die deutsch-polnische Konferenz für die Liquidationsfrage nicht zuständig sei. Das ist natürlich eine Auffassung, die sowohl den Präsidenten der Konferenz als auch die deutsche Abordnung vor eine neue Situation stellen kann.

Deutschland am Vorabend einer Revolution!

Paris, 25. März. Ein Berliner Mitarbeiter des rechtssozialistischen „Bon Soir", der A. Leon zeichnet, sendet seinem Blatt eine überaus trübe gehaltene Schilderung der Lage Deutschlands. Nach seiner Ueberzeugung steht Deutschland am Vorabend einer neuen Revolution. Die Arbeiter und Beamten sähen Tag um Tag den Wert des Geldes sich vermindern, während der Lebensunterhalt sich verteure und die Einnahmen sich nicht erhöhten. Auf diese Weise entstehe ein Mißverhältnis für die Festbesoldeten, das Hunger und Entbehrung aller Art bedeute. Durch diese Lage werde die Arbeit der Kommunisten erleichtert. Man könne heute ohne Furcht, durch die Tatsachen widerlegt zu werden, behaupten, daß Deutschland am Vorabend einer blutigeren Revolution stehe, als die vorausgegangenen waren. Die Revolution werde mit Ausständen beginnen. In allen Fabriken, in allen Werkstätten und Bergwerken sei die Mehrheit der Arbeiter für den sofortigen Ausstand. Die Ausstände würden zuerst einen wirtschaftlichen Charakter haben, aber bald politisch und revolutionär werden. Der Berichterstatter fügt hinzu: „Das, was ich hier sehe, gründet sich nicht auf vage Eindrücke, sondern auf genaue Tatsachen." Er behauptet, daß sich das ganze Land im Belagerungszustand befinde. Die Reichswehr und die Schupo hätten geheime Befehle erhalten. Eine Art Mobilisierung werde durchgeführt. Unglücklicherweise aber könne man sich auf einen Teil der Truppen nicht verlassen. — Es ist notwendig diese Alarmmeldung der deutschen Oeffentlichkeit zu unterbreiten, damit man sieht, mit welchen Mitteln gearbeitet wird, um den Kredit Deutschlands zu untergraben und um in der jetzigen kritischen Zeit dem Ausland das deutsche Volk, vor allen Dingen aber die deutsche Arbeiterschaft als gefährlich hinzustellen, damit die geplante finanzielle Bevormundung Deutschlands sich als notwendig erweise und auch durchgeführt werde.

Ministerpräsident Tantzen lehnt ab.

Berlin, 25. März. Der oldenburgische Ministerpräsident Tantzen verhält sich gegenüber dem Anerbieten, das Reichsernährungsministerium zu übernehmen, entschieden ablehnend. Tantzen will seine Kraft auch in Zukunft lediglich der oldenburgischen Politik widmen

Zur neuen Zerstörungsnote der Entente.

Berlin, 25. März. General Nollet hat gestern die Fabrikanlagen der Firma Burgmüller und Sohn in Kreiensen beschlagt und will unter Umständen die Erlaubnis, die Gebäude bestehen zu lassen, erteilen.

Abreise der deutschen Delegation am 8. April.

Berlin, 25. März. Die deutsche Delegation für die Konferenz von Genua wird nach den bisherigen Bestimmungen am 8. April in einem Sonderzuge nach Genua abfahren.

Die russische Delegation für Genua.

Berlin, 25. März. Die russische Delegation für Genua wird aus den Volkskommissaren Tschitscherin, Joffe Litwinow und Krassin bestehen. Sie werden sich auf der Durchreise nach Genua einige Tage in Berlin aufhalten.

Die bayerischen Kriegsdokumente.

Eine mißglückte „Temps"-Enthüllung.

Der „Temps" veröffentlicht heute zwei Briefe des bayerischen Gesandten in Paris, Dr. v. Ritter, vom 26. Juli und 4. August 1914 und einen Brief des bayerischen Gesandten in Rom, von der Tann, vom 3. Juli 1914. In dem Briefe Ritters vom 4. August befindet sich der Satz: „Ich habe bis zum letzten Augenblick, namentlich bei meinen letzten politischen Besprechungen mit dem Minister Martin den Eindruck gehabt, daß die französische Regierung um jeden Preis den Krieg verhindern wollte." Der „Temps" bemerkt dazu, es handele sich um Stücke aus dem zweiten Teil der Aktensammlung des Abg. Dirr, dessen Veröffentlichung bisher verhindert worden sei.

•

Die Redaktion der „Vossischen Zeitung" hat wegen der „Temps"-Veröffentlichung in München angefragt. Ihr Münchener Korrespondent erklärt dazu: In dem Buche „Bayerische Dokumente zum Kriegsausbruch und zum Versailler Schuldspruch, im Auftrage des Bayerischen Landtages bearbeitet von P. Dirr", finden sich die beiden Briefe des Gesandten in Paris, Dr. v. Ritter, vom 26. Juli und vom 4. August 1914. In dem letzteren Briefe steht wirklich der vom „Temps" mitgeteilte Satz in folgender Fassung: „Ich habe bis zum letzten Augenblick, namentlich bei meinem letzten politischen Gespräch mit dem Minister Martin am 2. August abends, den Eindruck gehabt, daß die französische Regierung den Krieg um jeden Preis vermieden haben wollte." Es heißt dann weiter: „Auf die von der französischen Presse offenbar stark übertriebenen angeblichen Grenzverletzungen deutscher Truppen hin riet ich Herrn Martin, sich erst durch eine offizielle Nachfrage von deren Richtigkeit zu überzeugen. Diese Anfrage erfolgte dann auch am 2. August abends in Berlin unter gleichzeitiger Mitteilung an die Botschaft in Paris. Namentlich die Verletzung der Neutralität Luxemburgs schien Herr Martin als Anzeichen des von Deutschland gewollten Krieges zu deuten."

Es ist unrichtig, wenn der „Temps" behauptet, daß der erste Teil veröffentlicht sei, der zweite nicht. Die Aktenstücke teilen sich in einen Teil A: „Die Aktenveröffentlichung des Ministerpräsidenten Eisner und der Versailler Schuldspruch" und Teil B: „Bayerische Gesandtenberichte aus den letzten Vorkriegswochen". Beide Teile sind gleichzeitig herausgegeben worden. Der „Temps" kennt offenbar nicht die amtliche Ausgabe der Aktenstücke, sondern nur die Auszüge der „Süd. Monatshefte".

An die deutsche Jugend.

(Von H. K.)

Vom Presseausschuß der Castroper Jugendwoche wird uns geschrieben: Unter Aristodemos drangen die Dorier in den Peloponnes ein und gründeten im Lande Lakonien einen neuen Staat, der in der Geschichte unter dem Namen des spartanischen oder lakedämonischen hochberühmt geworden ist. Ganz besonders verdankt das Volk dieses der Gesetzgebung seines weisen Führers Lykurgos, der seiner unmündigen Schwägerin den Sohn nahm, um ihn nach seinen Anschauungen für das Volk zu erziehen. Er gab darum dem Kinde den Namen Charilaos, d. h. die Freude des Volkes, und erzog es streng, um aus ihm einen starken König zu machen.

Lykurgos erkannte, daß sein junger Stamm auf die Dauer sich den Angriffen der Ureinwohner des Landes nur erwehren konnte, wenn er selbst darauf bedacht war mächtig und stark zu werden. Die Hoffnung war für ihn die Jugend, die er zu einer Freude des ganzen Volkes machen wollte. Und so gab er sich mit Emsigkeit ans Werk, um diese Jugend zu kräftigen und zu Bausteinen für das neue Haus zu formen. Wenn wir uns seinem Erziehungssystem auch nicht ganz anpassen können, so liegen darin für uns doch sehr wichtige Winke, namentlich zu einer Zeit, da die Lage unseres Vaterlandes der Bedrängnis der Dorier nicht ganz unähnlich ist. Sind doch auch wir von feindlichen Feinden umgeben, die unsern Untergang wünschen, um selbst reich und mächtig zu werden. Während Lykurgos in der Hauptsache sich der Stählung und Abhärtung des jugendlichen Körpers durch die mannigfaltigsten Leibesübungen annahm und bestrebt war, die Knaben zur Gewandtheit im Gebrauch der Waffen, zur Entfaltung der körperlichen Schönheit und Kraft zu erziehen, vergaß er auch nicht, die hohen sittlichen Tugenden, wie Gehorsam, Tapferkeit, Ehrliebe, Enthaltsamkeit und Ausdauer in ihnen zu erwecken. Lykurgos wußte wie die alten Römer, daß nur im gesunden Körper ein gesunder Geist wohnen kann und suchte darum zunächst durch Leibesübungen und Sittenstrenge den Körper gesund zu erhalten. Für die geistige Tätigkeit forderte er nur das Denkvermögen im praktischen Leben und eine Schnelligkeit der Auffassung, dazu einen starken Willen, um durch ihn zur mutigen Tat zu führen. Was fehlt uns in unserer heutigen Zeit? — Wahrlich alles! — Durch den menschenmordenden Krieg ist die Blüte unserer Jugend dahingerafft worden, die uns verblieben ist durch die Hungerjahre siech und kraftlos. — Volk, willst du wieder stark und mächtig werden, willst du deine alte Größe wiedererlangen, so muß ein Lykurgos erscheinen, um deiner Jugend eherne Gesetze zu schreiben. Gesetze, die die harmonische Ausbildung deiner Körper- und Geisteskraft fördern und dich wieder zu jener sittlichen Höhe führen, die den alten Germanen, unseren Vorfahren, so heilig war! Deine Muskeln und Nerven müssen wieder aus Stahl und Eisen werden, um die unwürdigen Fesseln zu sprengen, die nichtswürdige Feinde dir anlegten. Urwüchsige Kraft und eiserne Gesundheit muß unserer Jugend heiligstes Eigentum werden. Darum ihr deutschen Jungen und Mädchen, fort mit müßiger Tändelei und der faden Genußsucht und hin zu ernster Arbeit und treuer Pflichterfüllung! Erholungs- und Tummelplatz der Freude und des Frohsinns für euch sei die herrliche Gottesnatur mit ihrer lachenden Sonne, der Wald mit seinen knorrigen Riesen, Feld und Wiese mit ihrer segenbringenden Fülle. „Spielet jauchzend dort, muntere Kinder, denn wenn ihr einst wieder Kinder werdet, dünkt ihr euch lahm und grau." Holt euch die Sonne herunter vom Himmel, damit sie eure Seele erwärme und erleuchte. Habt wieder echte, rechte Sonne im Herzen! — Doch sei euch der Sportplatz ein Arbeitsplatz, auf dem ihr in ernster Arbeit euren Körper stählt und so an dem Neubau unseres geliebten Vaterlandes und an der Erstarkung seines Volkes mitarbeitet. Was euch aber vor allem fehlt, meine lieben, jungen Freunde, das ist die hohe sittliche Kraft, die strenge moralische Zucht, die biedere Nüchternheit und Einfachheit, der pünktliche Gehorsam die alte deutsche Treue, die Ehrliebe und die heilige Keuschheit. — Hilflos und schwach ist der Mensch, sucht er aber Befriedigung in sich selbst und flieht die lähmenden Genüsse, so gelangt er zur Sicherheit und Beständigkeit. „Nur der verdient die Freiheit und das Leben, der täglich sie erobern muß", und erobern wollen wir uns wieder unsere Unabhängigkeit, erobern unsere alte Kraft und eine treue Liebe zu unserem heimatlichen Boden, zur Scholle, die uns trägt und uns ernährt. Dieser Wille soll uns immerdar leiten, meine lieben deutschen Jungen und ihr deutschen Mädel! Unsere Aufgabe liegt klar vor uns: „Körperliche Ertüchtigung, sittliche Erstarkung, männiglich Wollen und mutiges Geschehen, geleitet von starkem Glauben an unsere Kraft, einer festen Zuversicht auf gutes Gelingen und einer großen Liebe, die das Band schlingt um deinen Schöpfer, deinen Nächsten und dich, damit du werdest, deutsche Jugend, ein Charilaos deinem Vaterlande!

Die Schuld Grupens.

Hatte er Helfershelfer?

Paul Schlesinger schreibt in der „Voss. Ztg.": Ein Artikel der „Deutschen Strafrechtszeitung" (IX. Jahrgang, Heft 1) aus der Feder des früheren Hirschberger Landgerichtspräsidenten Dr. Karsten gibt noch einmal Veranlassung, sich mit Peter Grupen zu beschäftigen, dem sein Verteidiger Justizrat Dr. Mamroth an dieser Stelle vor einigen Tagen die letzte Wohltat einer versuchten Ehrenrettung erwies. Dr. Karsten, der der Hirschberger Verhandlung fast ununterbrochen beiwohnte kommt zu einem den Ausführungen Mamroths völlig entgegengesetzten Schluß. Er verkennt nicht, daß die Hirschberger Atmosphäre auf die Geschworenen einen gewissen Einfluß ausübte, aber er betont, „daß in dieser Sache allem Ermessen nach ein großes Schöffengericht oder eine Strafkammer zu genau dem gleichen Ergebnis gelangt sein würde . . .", und er schlicht seine eingehenden Darlegungen über den Verlauf des Prozesses mit den Worten: „Nur wer den Satz vertritt, auf einen reinen Indizienbeweis hin dürfe niemals verurteilt werden, kann den Spruch gegen Grupen bemängeln. Ich finde aber, daß es zu begrüßen ist, wenn Geschworene sich durch die Erwägung, ein sozusagen „mathematischer" Beweis sei nicht geführt, nicht hindern lassen, den Mut zu einer Verurteilung bei einem so erdrückenden Indizienbeweise aufzubringen."

So scharf und eindeutig Dr. Karsten seine Ueberzeugung von der Schuld Grupens formuliert, man sieht auch in dem Gefüge seiner Sätze jenen deutlichen Riß der durch das Mißlingen des mathematischen Beweises verursacht wird und der es möglich macht, daß ein so ausgezeichneter Kriminalist wie Dr. Mamroth auch heute noch an der Schuld seines Klienten zweifelt.

Mit Recht nennt Karsten die Erörterung, ob Grupen zur Zeit des Mordes das Zimmer verlassen hat, in dem er sich mit der alten Frau Eckert, der kleinen Irmgard und dem Kindermädchen, seiner Geliebten, aufhielt, den Kernpunkt der Verhandlung. Man kommt darüber nicht hinweg, daß diese drei Personen lange Zeit der Ueberzeugung waren, Grupen habe das Zimmer nicht verlassen, daß die 76jährige Frau Eckert im weiteren Verlauf der Voruntersuchung die Möglichkeit zugab, daß sie eine kurze Abwesenheit Grupens nicht bemerkt haben könne und daß die elfjährige Irmgard erst in der Hauptverhandlung bekundete: Grupen habe, als sie für einen Moment aus dem Zimmer ging, ebenfalls den Raum für kurze Zeit verlassen. Die Aussage des Kindermädchens, das heute noch bei ihrer früheren Ansicht beharrt, mag als befangen von vornherein ausgeschaltet sein. Dagegen muß, was Herr Dr. Karsten versäumt, hinzugefügt werden, daß Fräulein Zahn bei offener Tür im Nebenzimmer anwesend war und ebenfalls von einem Hinausgehen Grupens nichts bemerkt hat. Her Dr. Karsten nimmt berechtigten Anlaß, die Unsicherheit der Beobachtung durch Zeugen zu betonen, indessen ist eigentlich kaum recht verständlich, daß er der veränderten Aussage, zumal eines Kindes, viel größere Bedeutung beimißt, als der ursprünglichen, die unmittelbar nach der Tat erfolgte. Dazu muß aber noch etwas gesagt werden: merkwürdigerweise betrat der Staatsanwalt gar nicht die Brücke, die ihm die Aussage der kleinen Irmgard baute; aus Zeitgründen nahm er vielmehr an, Grupen habe schon vorher einmal das Zimmer verlassen gehabt, um den Mord zu begehen — und für dieses erstmalige Verlassen gibt nun wirklich keine einzige Zeugenaussage auch nur den geringsten Anhaltspunkt. Man kann natürlich annehmen, eine Abwesenheit von zwei bis drei Minuten sei nicht bemerkt worden, aber hier klafft die große Lücke der Beweisführung, und diese Lücke wird um so deutlicher, wenn man sie mal von der anderen Seite, von der Seite Grupens, betrachtet.

Möglich nämlich daß seine Abwesenheit nicht bemerkt wurde — aber konnte Grupen mit irgendwelcher Sicherheit auf eine so mangelhafte Beobachtung rechnen? Alle Prozeßbeteiligten sind von seiner hohen Intelligenz überzeugt. Der ganze Plan war darauf angelegt, daß man die kleine Ursula für die Täterin halten sollte. Weitschauende Vorbereitung zeigte sich in der Anlage und Durchführung des ganzen Planes, und diese ganze Berechnung fiel in sich zusammen, wenn nur eine der im Zimmer anwesenden drei Personen sich mit Deutlichkeit einer kurzen Abwesenheit Grupens erinnerte! Wie, wenn Fräulein Zahn aus dem Nebenzimmer — es ging ja im Lauf des ganzen Vormittags das Gespräch zwischen den beiden Zimmern hin und her — eine Frage an Grupen gerichtet und keine Antwort bekommen hätte? Aber auch über eine weite, nicht minder gefährliche Fehlerquelle mußte sich Grupen vollkommen klar sein. Die beiden Dienstmädchen des Hauses befanden sich während des Mordes in der zu ebener Erde gelegenen Küche. Wie, wenn das eine oder andere aus irgendeinem wirtschaftlichen Grunde (was ja auch geschehen ist) die Küche verlassen und (was nicht geschehen ist) Grupen auf der Rückkehr aus dem Mordzimmer getroffen hätte? Das mindeste was zugegeben werden muß, ist die Möglichkeit, daß Grupen das obere Zimmer zur Zeit des Mordes nicht verlassen hat, und gerade, wenn man ihn für den Urheber des Mordplanes hält, gewinnt es an Bedeutung, daß er bei seiner Verhaftung den zurückbleibenden Zeugen wiederholt einschärfte: sie mögen bei ihrer Aussage bleiben — er habe das Zimmer doch nicht verlassen.

Es gibt für den Fall, daß man dem Grupenschen Alibibeweise folgt, nur eine einzige Erklärung: Grupen muß Helfershelfer gehabt haben. Man hat von diesen nichts bemerkt, das ist richtig. Aber es ist kein Beweis dafür, daß sie nicht vorhanden gewesen sind. Diese Eventualität gewinnt an Wahrscheinlichkeit, wenn man an das Verschwinden der Frau Grupen denkt. Auch hier bestehen gewisse Anhaltspunkte dafür, daß Grupen seine Frau nicht allein und völlig ohne Hilfe aus der Welt geschafft haben kann. Wohl wäre es ihm möglich gewesen, mit dem einen ihm verbliebenen Arm einen Mord zu begehen — er hat ja sich selbst den Beweis dafür geliefert. Aber die Situation war für ihn so kompliziert, daß die Beschaffung der Leiche ohne befreundete Hilfe kaum möglich gewesen wäre. Es würde überdies genau in Grupens Charakterbild passen, wenn er die entscheidende Arbeit in die Hände scheinbar Unbeteiligter legte, und es würde außerdem die rätselhafte Ruhe und Gelassenheit Peter Grupens erklären, die er vor Gericht zeigte.

Es ist hier nicht der Ort, über die Mittäter irgendwelche Vermutungen anzustellen. Aber es ist vielleicht nicht ausgeschlossen, daß der Prozeß Peter Grupen noch einmal ein Nachspiel haben wird. Einen Unschuldigen haben die Hirschberger Geschworenen sicherlich nicht gerichtet. Wohl aber ist es möglich, daß er nicht der einzige Schuldige war.

Ein Zwischenfall im Mudra-Prozeß

Die Verhandlung im Mudra-Prozeß wurde durch einen unerwarteten Zwischenfall im vorgeschrittenen Stadium plötzlich abgebrochen. Der Gerichtsvorsitzende der bereits einmal im Laufe dieses Prozesses durch einen Trauerfall betroffen worden ist, mußte während der heutigen Verhandlung neuerdings wegen Trauerfalles die Sitzung aufheben. Im übrigen wurden in der heutigen Verhandlung allerhand kleinere und größere Geschäfte Mudras erörtert, die bislang noch nicht zur Sprache gekommen sind. Gleich nach Eröffnung der Verhandlung sollten auf Antrag des Ersten Staatsanwalts die Urteile aus den Vorstrafakten gegen Mudra verlesen werden. Mudra, dem die Verlesung äußerst peinlich war, sträubte sich heftig dagegen und entfernte sich in großer Erregung aus dem Saal. Durch das Eingreifen seines Verteidigers konnte er schließlich bewogen werden, in den Saal zurückzukehren. Nach längerer Erörterung mit der Verteidigung, die die Befürchtung aussprach, daß die Verlesung der Urteile für Mudra von folgenschwerer Tragweite sein können, so daß die Weiterverhandlung im letzten Stadium des Prozesses ernstlich gefährdet erscheine, erklärte sich der Staatsanwalt bereit, einstweilen auf die Verlesung zu verzichten. Hierauf wird zunächst der Düsseldorfer Zollbeamte, der die Mudrasche Zigarettenangelegenheit dienstlich bearbeitet hat, zu dem Zigarettengeschäft als Zeuge vernommen. Alsdann beginnt die Erörterung der eingangs angedeuteten Geschäfte, die vier Waggons Bekleidungsgegenstände, darunter 14 000 Einheitsdecken im Preise von 231 000 Mk., die Mudra von einem Berliner Kaufmann bezogen hat, ferner Kohlenlieferungsgeschäfte 1 Waggon gezwirnte französische Stoffe und dergl. betreffen. Als nach einer halbstündigen Pause die Erörterung der Geschäfte wieder aufgenommen war, mußte die Sitzung infolge Abberufung des Gerichtsvorsitzenden abgebrochen werden.

Sitzung der Stadtverordneten in Castrop.

16. Erlaß einer neuen Gebührenordnung für die Schlachthofbenutzung.

Die Gebührenordnung vom 10. 3. 21 entspricht nicht mehr den heutigen Verhältnissen. Schlachthofkommission und Magistrat schlagen ab 1. 3. 22 eine neue Ordnung mit erhöhten Sätzen vor. Die Finanzkommission hat ihr zugestimmt.

Beigeordneter Schmitz verliest darauf die neue Gebührenordnung; nach ihr betragen die Gebühren beim Schlachten von Großvieh je nach Gewicht 120, 180 oder 250 Mk., von Schweinen 50, 75 und 125 Mk., von Kälbern 20 und 40 Mk. Die Gebühren bei Schafen, Ziegen und Lämmern werden bei den alten Sätzen 15 bezw. 10 Mk. belassen. Die Gebühr bei Pferden wird auf 190 Mk. erhöht. Eingeschlossen sind stets die Untersuchungsgebühren.

Stadtv. Rinke vertritt den Grundsatz, daß der Schlachthof sich selbst ernähren müsse. Er stellt die Frage, ob dazu die neuen Gebühren ausreichten.

Beigeordneter Schmitz bejaht die Frage. Im bereits festgesetzten Etat des Schlachthofes für 1922 komme man damit aus, vorausgesetzt, daß nicht weitere Steigerungen für Kohle, Löhne pp. eintraten, dann müsse man an eine weitere Erhöhung der Gebühren denken.

Die Ordnung wurde darauf genehmigt.

17. Einrichtung eines Lagerraumes für Eis am Schlachthof.

Die städtische Eisfabrik des Schlachthofes hat einen Eisaufbewahrungsraum, dem bisher eine künstliche Kühleinrichtung fehlt. Der vorhandene Schutz gegen äußere Wärme genügt nicht, um das Eis 24 Stunden lang aufbewahren zu können. Durch den Einbau einer künstlichen Kühleinrichtung würde eine längere Aufbewahrung ermöglicht und dadurch die Eisproduktion gesteigert, wodurch erhöhte Einnahmen aus dem Eisverkauf zu erwarten sind.

Magistrat und Baukommission haben beschlossen, den Raum mit dieser Kühleinrichtung zu versehen. Die erforderlichen Kosten werden sich auf 40 000 Mk. belaufen. Der Betrag soll zunächst dem durch Beschluß der Stadtverordneten-Versammlung vom 5. März 1921 gebildeten Fonds von 116 000 Mk. entnommen und diesem aus den Einnahmen des Schlachthofes binnen längstens 10 Jahren wieder zugeführt werden.

Nach sachlichen Anmerkungen der Stadtv. Berg u. Dr. Pegels und einer Erörterung des Planes seitens des Stadtbaurates wurde der Vorlage zugestimmt.

18. Vermietung der Wurstküche am Schlachthofe.

Beigeordneter Schmitz: Die Wurstküche am städtischen Schlachthof ist bis zum 30. Juni 1922 an die Metzger Mork und Eberle am städtischen Schlachthof vermietet gegen einen festen Jahresbetrag von 5000 Mk. und Erstattung der Betriebskosten wie Dampf, Kühlung usw.

Nunmehr ist die Firma „Westfälische Feinkostwerke, H. C. Friedrich u. Cie., G. m. b. H. in Castrop" zwecks Verpachtung der Anlage für die Zeit vom 1. Juli 1922 ab auf die Dauer von 5 Jahren an die Stadt herangetreten. Der Magistrat hat beschlossen, mit der Firma einen 5jährigen Mietvertrag abzuschließen. Der jährliche Mietbetrag ist auf 12 000 Mk. festgesetzt. Er erhöht sich im Verhältnis zu den ab 1. Februar 1922 eintretenden Steigerungen der Kohlenpreise. Außerdem sind die Betriebskosten zu erstatten, welche gleichfalls nach den jeweils geltenden Kohlenpreisen berechnet werden.

Magistrat empfiehlt die Genehmigung des mit der Firma abgeschlossenen Vertrages.

Nach kurzen Bemerkungen der Stadtv. Berg, Cohen, Dr. Pegels, Kopshoff und deren Erledigung durch den Magistratsvertreter, wurde die Vorlage angenommen.

19. Instandsetzung der Haushaltungsschule.

Seit dem 1. Juli 1908 wurde an die zur Entlassung kommenden Schülerinnen der Volksschule während des letzten Schuljahres Haushaltungsunterricht erteilt. Nach Ausbruch des Krieges wurde die Erteilung dieses Unterrichts wegen der Schwierigkeit in der Beschaffung der erforderlichen Lebensmittel pp. eingestellt. Später wurden die Räume nebst Kochgerät zur Einrichtung einer Volksküche zur Verfügung gestellt. Hierdurch haben die Räume und ganz besonders das Inventar gelitten, letzteres ist sogar teilweise unbrauchbar geworden.

Die Schuldeputation und auch die Schulleiter halten die Wiedereinführung des Haushaltungsunterrichts für durchaus notwendig und haben als Zeitpunkt den Beginn des neuen Schuljahres vorgesehen. Bevor jedoch mit dem Unterricht begonnen werden kann, müssen die Räume instandgesetzt und die erforderlichen Geräte beschafft werden. Nach dem Kostenanschlage des Stadtbauamts werden hierfür 25 000 Mk. benötigt.

Dieser Betrag soll in den Schulhausbauplan für 1922 eingesetzt werden.

Die Stadtv. Thomas und Tillmann setzen sich in längeren Ausführungen lebhaft für die Wiedereinrichtung der Haushaltungsschule ein, deren Wirkungen recht segensreich seien.

Stadtv. David Meyer regt an, der Gesellschaft der Quäker für die am 1. 4. 22 einzustellenden Quäkerspeisungen offiziell zu danken.

Die Anregung wird vom Stadtv.-Vorsteher an den Magistrat weitergegeben.

Stadtv. Thomas meint, daß nach Ausfall der Quäkerspeisung, die viel Gutes gestiftet hätte, weiten Kreisen die herrschende Teuerung noch drückender fühlbar würde. Er meint, es sei da angebracht, erneut bei der Regierung um schärfste Maßnahmen gegen den Wucher vorstellig zu werden.

Stadtv.-Vorsteher Dr. Pegels verspricht sich von einer derartigen Entschließung nicht viel. Deutschlands Produktion reiche zur Ernährung nicht aus. Es müsse eingeführt werden und der Dollar stehe auf 330. Für strenge Bestrafung wirklichen Wuchers sei allerdings auch er.

Stadtv. Klein: Da brauchen wir uns nicht erst nach Berlin zu wenden. Wir können uns schon im Orte selbst um die Bekämpfung des Wuchers kümmern. Den gibt es hier genug.

Stadtv.-Vorst. Dr. Pegels: Dafür ist die Polizei da. Jeder einzelne kann aber mitwirken.

Die Vorlage wurde dann genehmigt.

20. Errichtung der 2. Lehrerstelle an der Höheren Mädchenschule.

Durch die Städtischen Körperschaften ist die Anstellung eines hauptamtlichen Leiters und die Aufsetzung der I. Klasse an der höheren Mädchenschule beschlossen worden. Hierdurch wird die Errichtung einer 2. Lehrerstelle erforderlich. Dem anzustellenden Lehrer sollen die Leitungsbefugnisse der Anstalt übertragen werden.

Damit der Leiter nach Gruppe XI, wie der Beschluß des Kuratoriums vom 17. September 1920 vorsieht, besoldet werden kann, ist von dem Inhaber die Anstellungsfähigkeit für das höhere Lehramt zu fordern.

Stadtv.-Vorst. Dr. Pegels: Es handelt sich nur um eine formelle Sache, die von der Regierung verlangt wird. Die Angelegenheit selbst ist von uns schon beschlossen.

Ohne Erörterung wurde darauf zugestimmt.

21. Beschaffung eines Kinoapparates für Volksbildungs- und Schulzwecke.

Der städtische Volksbildungsausschuß hat die Beschaffung und Aufstellung eines Kinoapparates für Zwecke der Veranstaltungen des Volksbildungsausschusses und für die Zwecke aller städtischen Schulen beschlossen. Es ist beabsichtigt, den Apparat im Saale des katholischen Gesellenhauses hierselbst aufzustellen.

Der für den Apparat geeignete Strom ist daselbst vorhanden. Mit dem Vorstand des Gesellenhauses sind Abmachungen betr. die Benutzung des Saales für den genannten Zweck getroffen.

Durch die Anschaffung eines guten Apparates mit allem Zubehör und die Aufstellung desselben entstehen Kosten im Gesamtbetrage von 50 000 Mk. Der Magistrat ist dem Beschluß des Volksbildungsausschusses beigetreten und schlägt vor, die Kosten von 50 000 Mk durch eine Anleihe zu beschaffen.

Stadtv.-Vorst. Dr. Pegels und Baurat Schmitz unterhalten sich längere Zeit über den durch die Teuerung bedingten Preisaufschlag. Die Anschaffung ist bereits im November 1920 beschlossen, wäre der Apparat gleich beschafft worden, so hätten einige Tausende gespart werden können.

Stadtv. Cohen spricht sich gegen die Anschaffung aus.

Stadtv. Thomas begrüßt sie als Schulmann freudigst.

Stadtv.-Vorst. Dr. Pegels unterstreicht die Ausführungen des Vorredners, ebenso Stadtv. Berg, der der Anschaffung große kulturelle Bedeutung beimißt.

Stadtv. Idkowiak tritt lebhaft für Ablehnung der Vorlage ein. Er meint, daß durch das Schulkino die Kinder nur zum Kinobesuch erzogen würden.

Aehnliche Bedenken hat Stadtv. H. Lambertz, der sich gegen die Kinoseuche wendet.

Die Abstimmung ergibt eine große Mehrheit für die Annahme.

22. und 23. Beamtenangelegenheiten.

Die vorgeschlagene Abänderung des Ortsstatuts betreffend die Anstellung und Versorgung der Kommunalbeamten und der Antrag, der Polizeibeamten auf Auszahlung des Gehaltes nach der neuen Besoldungsordnung wurden nach kurzen Erörterungen der Stadtv. Tillmann und Berg über die Verstaatlichung der Polizei angenommen.

24. Erhöhung der Hundesteuer.

Der Magistrat hat beschlossen vom 1. April 1922 ab ohne Rücksicht auf die Besteuerung seitens des Kreises die Hundesteuer in Castrop zu erhöhen und zwar:

	Vorschlag des Magistrats:	Vorschlag der Finanzkomm.:
für den 1. Hund	50 Mk.	50 Mk.
für den 2. Hund	80 Mk.	100 Mk.
für den 3. Hund	100 Mk.	150 Mk.

Das Aufkommen nach diesen Vorschlägen beträg 24 000 bezw. 25 000 Mk.

Stadtv.-Vorst. Dr Pegels empfiehlt die Sätze der Finanzkommission zur Annahme, ebenso die von dieser vorgeschlagene Pauschale gemäß Vereinbarung mit dem Magistrat mit der Ergänzung, soweit es sich um Zwinger handelt, für die Gewerbesteuer gezahlt wird.

Stadtv. Idkowiak gehen die Sätze nicht weit genug, er will sie auf 100, 200 und 500 Mk. erhöht wissen. Der erste Hund eines Landwirts muß freibleiben.

Stadtv.-Vorst. Dr. Pegels bemerkt, daß das bereits in der Steuerordnung vorgesehen sei.

Der Antrag Idkowiak wurde abgelehnt, der Antrag Dr. Pegels angenommen.

25. Bewilligung eines Zuschusses an die Bergmannssiedlung Herne.

Die Bergmannssiedlung beabsichtigt im Baujahr 1922 u. a. an der Oberen Dortmunderstraße 12 und an der Frohlinderstraße 7 = zusammen 19 Wohnungen zu errichten. Eigentümer eines Teiles des Baugeländes ist Schulte-Naurel. Er ist zur Abtretung des Grundstücks zu einem Kaufpreis von 87,50 Mk. pro Quadratrute bereit. Die Bergmannssiedlung ist jedoch nur in der Lage, einen Preis bis zu 70 Mk. pro Quadratrute zu zahlen.

Im Interesse der Wohnungsnot ist die Stadt zur Uebernahme des Unterschiedsbetrages von 17,50 Mk pro Quadratrute bereit. Das Grundstück hat eine Größe von 534,10 Quadratruten. Hiernach wäre ein Betrag von 534,10×17,50 = 9346,75 Mk. auf die Stadt zu übernehmen. Die seitens der Bergmannssiedlung zu zahlenden Anliegerbeiträge belaufen sich auf 2500 Mk. pro Wohnung, insgesamt ergibt sich ein Betrag von 19×2500 = 47 500 Mk.

Der Magistrat hat entsprechend beschlossen und schlägt vor, diese Summe aus den zur Verfügung stehenden Anliegerbeiträgen zu decken.

Stadtv.-Vorst. Dr Pegels hebt die große Bedeutung des Antrages hervor und befürwortet die Annahme. Diese erfolgt darauf einstimmig.

26. Erwerb von Baugelände an der Holzstraße für Bergmannssiedlungen.

Um zu erreichen, daß im Jahre 1922 oder auch im Jahre 1923 eine größere Anzahl von Bergarbeiterwohnungen in Castrop erbaut wird, als bisher bewilligt wurden, hat der Magistrat beschlossen, von Herrn Hugo Baak hierselbst ein an der Holzstraße gelegenes Grundstück in Größe von 1 ha, 78 ar 76 qm. (rd. 7 Morgen) anzukaufen und der Bergmannssiedlung Herne als Baugelände anzubieten.

Die Kosten des Ankaufes werden sich einschl. Nebenkosten auf 143 500 Mk. stellen, deren Wiedereinnahme durch den Verkauf an die Bergmannssiedlung zu erwarten ist.

Der Ankaufsvertrag mit Baak ist vorbehaltlich der Genehmigung der Stadtverordneten-Versammlung getätigt.

Magistrat beantragt die Genehmigung des Vertrages.

Die Stadtverordneten stimmen einstimmig ohne Erörterung zu.

Außerhalb der Tagesordnung

wurde ein Dringlichkeitsantrag angenommen, der die Unterstützungssätze für die Ortsarmen um 50 % erhöht. Es erhalten fürderhin Erwachsene monatlich 375 und Kinder 195 Mk.

Auf Antrag des Stadtv. H. Meyer wurde eine Entschließung angenommen welche die Aufmerksamkeit der Regierung auf die unermeßliche Notlage der Kriegshinterbliebenen — die sich insbesondere im Industriegebiet bemerkbar macht — lenkt. Die Entschließung soll dem deutschen Städtetag und dem Reichsfinanzminister übersandt werden.

Stadtv. Klein erbittet dann das Wort zu einer persönlichen Bemerkung.

Der Vorsteher bemerkt, daß er ihm dieses auf Grund des § 15 der Hausordnung nicht erteilen könne, wenn es sich um einen Gegenstand einer früheren Sitzung handle. Zumal da es um eine so geringfügige Sache gehe, könne er nicht eine Neuaufrollung gestatten.

Stadtv. Klein: Für mich ist es keine geringfügige Sache. Ich bin als Dieb hingestellt.

Stadtv.-Vorst. Dr. Pegels: Sie haben das Wort nicht!

Stadtv. Klein: Dann nehme ich es mir! Sie wollen nicht wissen, wer der Dieb ist.

Stadtv.-Vorst. Dr. Pegels: Setzen Sie es doch in die Zeitung!

Stadtv. H. Lambertz fragt an, ob es nicht möglich sei in Anbetracht der besonderen Verkehrsverhältnisse in Castrop die Polizeistunde auf 12 Uhr zu verlängern.

Die Anregung wird nach einer sachlichen Bemerkung der Stadtv. Berg und Dr. Pegels an den Magistrat zwecks Verhandlung mit dem Landrat weitergegeben mit der Maßgabe, daß der Antragsteller in der nächsten Sitzung darauf zurückkommen soll.

Stadtv. H. Meyer macht dem Magistrat zwecks Veranlassung des Nötigen, die Mitteilung, daß die Instrumente des St. Barbara-Knappenvereins noch vorhanden sind. Er betont sein Interesse daran, daß nachgeforscht würde, damit dem Verein die Trommeln und Pfeifen zurückgegeben würden und dieser die städtischen Gelder zurückerstatte.

Stadtv. Koch: Ich kann die Anregung von Meyer nur begrüßen. Wenn die Instrumente noch brauchbar sind, zahlt der Verein gern das Geld zurück.

Stadtv.-Vorst Dr. Pegels teilt mit, daß wegen der Wahl des Direktors für die Höhere Mädchenschule am nächsten Mittwoch, abends 6 Uhr noch eine Stadtverordnetensitzung abgehalten werden müsse.

In der anschließenden geheimen Sitzung wurden mehrere Beamtenangelegenheiten behandelt.

Aus Stadt und Land.

△ **Die Einjährigenprüfung am hiesigen Realgymnasium** fand am Samstag unter Vorsitz des vom Provinzialschulkollegium zum staatlichen Kommissar bestellten Leiter der Anstalt, Herrn Studiendirektors Dr. Ortmann statt. Von den 27 Prüflingen haben 24 das Examen bestanden, während 5 nicht bestanden.

♀ **Die Rechtsschutztage** des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter werden in Zukunft nicht mehr des Samstags, sondern am Dienstag jeder Woche abgehalten und zwar erstmalig am 4. April 1922.

⊙ **Zur Nachahmung empfohlen!** Der Arbeiter-Turnverein „Blüh auf" stiftete zum Besten der Ortsarmen aus einem Festüberschuß den Betrag von 50 Mk.

Σ **Aus dem Polizeibericht.** Im Ledigenheim wurde eine Frauensperson, die von Dortmund zugereist war, weil sie sich des Hausfriedensbruches schuldig machte, festgenommen und dem Amtsgericht zugeführt.

* **Festgenommen** wurde ein Mann, der einem Betrunkenen 500 Mk. aus der Tasche entwendete und damit flüchtig wurde. Er ist dem Amtsgericht zugeführt.

△ **Verhaftet** wurde ein Mann auf Grund eines Haftbefehls der Staatsanwaltschaft in Dortmund.

⊡ **Auf den Kammermusik-Abend,** den der Musik-Verein heute abend 8 Uhr im Ev. Gemeindehause veranstaltet, sei nochmals empfehlend hingewiesen. Allen denen, die im Vorjahre den Genuß hatten, der hohen Kunst der Mitglieder des Quartetts zu lauschen, wird der Eindruck dieses einzigartigen, temperamentbezwingten Zusammenspiels unvergeßlich geblieben sein. In der Presse des In- und Auslandes gibt es nur eine Stimme des Lobes über das tonschöne Musizieren dieser ausgezeichneten Künstlergenossenschaft. So schreibt der „Tag": Es wurde von dem Stuttgarter Quartett, den Herren Wendling, Reeter, Michaelis und Saal, denen sich der ganz vortreffliche Klarinettist Philipp Dreisbach gesellt hatte, glänzend gespielt. In dem a-moll-Quartett von Brahms zeigten die Stuttgarter Künstler dann, daß sie auch Aufgaben, die tieferes Eindringen in die Darstellung seelischen Erlebens verlangen, nach jeder Richtung gewachsen waren. Die „Neue freie Presse" (Wien) schreibt: „Das Stuttgarter Wendling-Quartett, bestehend aus den Herren Karl Wendling, Hans Michaelis, Philipp Reeter und Alfred Saal, konnte da den bedeutenden Ruf, der ihm vorangegangen war, vollauf bewähren. Die Herren spielten zunächst Max Regers hier bereits gehörtes Es-dur-Quartett op. 109 mit der imponierenden Schlußfuge und ein für Wien neues Quintett Schillings (zweites Es-dur, das im Durchführungsteil des ersten Satzes eines gewissen Schwunges nicht entbehrt, im Scherzo gemütvolle Töne anschlägt und in dem warm gesungenen Schlußteil des langsamen Satzes seinen Höhepunkt erreicht. Das Wendling-Quartett zeichnet sich durch ein bei aller Virtuosität vornehmes und reich nuanciertes Spiel aus. Die „Deutsche La Plata Zeitung" (Amerika) urteilt: „Es ist nicht zu viel gesagt, wenn man die Konzerte des Wendling-Quartetts als den eigentlichen Höhepunkt des diesjährigen Konzertwinters bezeichnet. Durch die Erschließung des Kammermusikstiles für Argentinien und Uruguay haben sie die gesamte Musikpflege in Südamerika maßgebend beeinflußt. Die zwei Monate, während deren die Stuttgarter Künstler unter Führung von Professor Wendling hier konzertierten, bedeuten einen Wendepunkt in unserer Musikkultur, geradeso wie es die Konzerte Felix Weingärtners und Richard Strauß' auf orchestralem Gebiete waren. „La Tribuna" (Barcelona): „Das Programm des zweiten Konzerts der „Intimen Konzertgesellschaft" war in die Hände des Wendling-Quartetts aus Stuttgart gelegt worden, einer Körperschaft, die ihren Ruf als hervorragende Kammermusikspieler gestern noch befestigte. Die vier Künstler erwiesen sich als Meister der Gestaltung und der technischen Beherrschung. Der Zusammenklang der vier Instrumente ist von äußerster Präzision und bringt durch seine reiche Nuancierungsfähigkeit jeden Ausdruck zur Wirkung. Ohne akademische Kühle, verbindert eine feine Gemäßigtheit jede auf äußeren Effekt zielende Nuance, so daß die Gedanken der Komponisten in absoluter Reinheit zum Ausdruck kommen. Die technische Beherrschung ist beim Quartett ausschließlich Mittel des guten Geschmacks, um diese Reinheit zu erreichen. So waren denn die Beifallskundgebungen, mit denen die Zuhörer für die hervorragende Leistung der Künstler dankten, auch heiß und stürmisch.

Nachrichten aus Westdeutschland.

* Dorsten. (Der vielgeplagte Hindenburg.) Drei Dorstener Herren waren, wie man der „Buerschen Ztg." schreibt, beim Generalfeldmarschall Hindenburg in Hannover, um ihn zur Teilnahme am Kriegerverbandsfest einzuladen. Hindenburg erklärte, daß er leider nicht nach Dorsten kommen könne. Er müsse um die traurige Zeit nach Ostpreußen, dort sei er fast in jedem Dorfe Ehrenbürger. Die Arbeit, die auf ihm laste, sei nicht gering. Hunderte von Briefen gingen ihm täglich zu: um sie zu erledigen, habe er sich eigens einen alten pensionierten Offizier genommen. An Porto allein müsse er jährlich an 10 000 Mk. ausgeben. Oftmals wende man sich auch an ihn mit ganz eigenartigen Sachen. So habe kürzlich einer von ihm eine Wohnung haben wollen. In einem anderen Falle habe man sich von einer kleinen Stadt aus an ihn wegen der Kanalisation gewandt, die die Stadt wegen finanzieller Schwierigkeiten nicht errichten konnte.

Bundestagung der Saarvereine.

Dortmund, 25. März. Wie uns von geschätzter Seite mitgeteilt wird, findet in der ersten Hälfte des Maimonats in Dortmund eine Bundestagung der deutschen Saarvereine statt. Die Tagung, für die die Vorbereitungen bereits in vollem Gange sind, wird sich zu einem allgemeinen Landsmannschaftstag der deutschtreuen Saarländer gestalten. Man darf auf ihr wichtige politische Kundgebungen erwarten.

Alte farblose Schuhe wird nicht fort, durch Anfärben mit Brauns Wibra werden sie wieder wie neu, ebenso alle anderen alten, unansehnlich gewordenen Ledersachen. In allen einschlägigen Geschäften erhältlich.

Bekanntmachung.

Am 28. d. Mts. vormittags 10 Uhr werde ich in der Wirtschaft Bärwolf in Ickern, Kaiserplatz,

8 Kilogr. Sohl- und Abfall-Leder

öffentlich meistbietend gegen sofortige Zahlung zwangsweise versteigern.

Castrop, den 25. März 1922.

1966 Brechelt, Gerichtsvollzieher.

Bruch ohne Operation ohne Berufsstörung auf naturgemässem Wege — Heilung —

Habenichts Spezial-Institut für Bruchkranke

Dortmund, Kapellenstr. 4. I. monatlich 1 Sprechstunde

Nächste Sprechstunde Mittwoch, den 29. März 1758 morgens 9—1 Uhr.

Die Anwendung des Verfahrens ist sehr einfach u. erfordert tägl. kaum 1 Minute Zeit. — Prospekt, 300 Adr. Geheilter aus fast allen Gegenden, sow. d. aufklärende Schrift über die „Habenicht-Methode" wird Bruchleidenden auf Wunsch vom **Haupt-Institut Köln U, Sachsenhausen 39** geg. Rückportozugesandt.



Alleinvertrieb für das westf. Kohlenrevier:
L. Löher, Dortmund,
Johannesstraße 32. Fernsprecher 8632.



zu dem Geheimnis, wie Sie Ihr Geschäft in die Höhe bringen können: Inserieren Sie in der Castroper Ztg. und der Erfolg ist Ihnen sicher!



Extra-Angebot in Damenkonfektion

Covercoat-Mäntel · Noppen-Mäntel

Gabardine-Mäntel · Tuch-Mäntel

Regen-Mäntel
wasserdicht

Jacken-Kleider · Taillen-Kleider

aus frühzeitigen Einkäufen herrührend, gelangen in dieser Woche zu sehr billigen Preisen zum Verkauf 1960

Gebr. Kaufmann, Herne.

Wer zeitig kauft, kauft gut!

Danksagung.

Für die uns beim Hinscheiden unseres lieben Verstorbenen erwiesene Teilnahme sprechen wir allen hiermit unsern 1067

herzlichsten Dank

aus.

Namens der trauernden Angehörigen

Frau Ww. Kornelius Kreis nebst Kinder.

Die neuesten Frühjahrs-Moden

in Leder-, Tüll-, Seiden- und Stroh-Hüten

Moderne Seiden-Strickjacken und Jumper

in verschiedenen Preislagen. Umpreßhüte bitte jetzt schon zu bringen. (Eig. Umpreß-Anstalt)

Frau Jul. Sons, Herne - Wilhelmstraße 37
Kein Laden. 1826

Musik-Verein Castrop

1. Vorsitzender: W. Niehoff. Dirigent: Musikdir. Meermann Herne.

Montag, den 27. März, abends 8 Uhr im ev. Gemeindehaus

Kammermusik-Abend

Wendling-Quartett Stuttgart 1961
Prof. Karl Wendling

Karten im Vorverkauf 15 Mark und 1.50 Steuer sind zu haben in den Buchhandlungen Lambertz, Schriewer und im Havannahaus Siekaup, in Habinghorst in der Buchhandl. Wedekind. An der Abendkasse erhöhte Preise.

Leinöl Ia. dopp. gek.

keine Mischware.

Bernsteinfußbodenlackfarbe
über Nacht glashart und dauerhaft, sowie sämtliche **Lacke. Farben, Pinsel, Schablonen, Bohnerwachs u. s. w.** 1163

Streichfertige Oelfarben

und Lackfarben aller Art liefert zu konkurrenzlosen Preisen in guter Qualität direkt aus dem **Lagerverkaufsraum! Kein Laden!**

H. Haueisen,

Lack- u. Farben-Industrie Dortmund
Fernruf 3836. Brunnenstraße 16 im Hof. Gegr. 1902
Zu erreichen durch Linie Nr. 6 Haltestelle Heroldstraße

Saatkartoffeln

(Deodara) anerkannt von der Landwirtschaftskammer, ferner 1962

gelbe Steckrüben.

Wilh. Opalka, Landesprodukte
Widumerstraße 48. Fernsprecher 204.

Hühneraugen

entsetzl. Beseitigt in 2 Tagen ohne jede Berufsstörung. Millionenfach bewährt. Geben Sie kein unnützes Geld aus, bevor Sie mein unter Garantie sicher wirkendes Mittel nicht versucht haben! Offene Füße, alte unheilbare Wunden, behandelt mit gutem Erfolge, was viele Dankesagungen beweisen 231

Frau Renkewitz, Homöopathie,
Herne, Gabelsbergerstr. 2, Ecke Mont-Cenisstr.

Erdarbeiter gesucht.

1915 **CASTROP, Wittenerstr. 103.**

Für sofort eine hübsche Dame nicht unter 18 Jahren als 1962

Platzanweiserin

gesucht. Meldungen Montags und Freitags nach 4 Uhr nachmittags.

Apollo Theater, Habinghorst.

Hoffmanns Brut
vernichtet verblüffend
Goldgrist
doppelt stark, geruchlos, i. Apoth. u. Drogerien.

Lyra-Glockenspiel

(Neusilber)
zu verkaufen. 1957
Ickern, Wannerbruch 27.

Guter
Kinderwagen
zu verkaufen. 1968
Bochumerstr. 86, 2. Etg.

Eine tragende 1965
Ziege
zu verkaufen.
Raurel, Wilhelmstraße 26.

Junges Ehepaar sucht per bald
2 leere Zimmer
gegen gute Bezahlung.
Gefl. Offerten unt. Nr. 1942 a. d. Geschäftsstelle dies. Ztg.

Schlafstelle

für ordentliche Handwerker sofort gesucht. Angebote erbittet 1916
Baugeschäft Th. Hermann
Castrop.

---

2 junge Leute erhalten
Kost u. Logis.
1955 Wittenerstr. 131, part.

Evangel. Frauen-Verein Castrop
Evangel Bund, Zweigverein Castrop
Ev. Arbeiter-u. Bürgerverein Castrop
Ev. kirchl. Blaukreuzverein Castrop
Ev. Frauenhülfe Castrop-Schwerin

Die Mitglieder werden zu der

Protestversammlung

Dienstag, 8 Uhr, im Gemeindehause dringend eingeladen. **Die Vorstände.**

Nachtwachbeamte

für Revier-Außendienst finden sofortige Einstellung.

Angebote mit Gehaltsangabe unter Nr. 1954 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Suche für meinen Sohn Stellung als
Lehrling
bei einem Schuhmacher.

Zu erfragen unt. Nr. 1956 in d. Geschäftsstelle ds. Ztg.

Suche für meinen kleinin Haushalt nach Dortmund ein tüchtiges, ordentl. 1964
Mädchen
Zu melden
Blumenthal, Biesenkamp 6

Warnung!

Ich warne hiermit jeden, die über mich in der letzten Zeit verbreiteten Gerüchte — ich sei ein Spion, ein verkappter Franzose usw. — weiter zu verbreiten. Es steht jedermann frei, in meinen Papieren meine Herkunft festzustellen. Ich stelle ausdrücklich fest, daß ich geboren. Saarburger (Bezirk Trier) und kein Elsässer bin.

Alle im Saargebiet Geborenen hier und in der Umgebung Ansässigen werden gebeten, am Sonntag, den 2. April, abends 6 Uhr, zu einer

Besprechung

im Restaur. Schulte-Becker, Castrop, Mansierstraße, zu erscheinen.

1969 Josef Boden, Dachdeckermeister.

Die Beleidigung

gegen Wilhelm Assfkamp nehme ich zurück. 1922
H. P.

Sämtliche evangelischen Eltern aus Castrop und den benachbarten Gemeinden, insbesondere diejenigen Eltern, deren Kinder die höheren Schulen der Stadt Castrop zur Zeit besuchen, oder demnächst besuchen werden, werden zu einer

Versammlung

am Dienstag, den 28. März, abends 8 Uhr im evangelischen Gemeindehause eingeladen.

Tagesordnung:

Besprechung über die Besetzung der Direktorstelle an der höh. Mädchenschule.

Erscheinen jedes Einzelnen ist dringd. notwendig.

1959 **Die evangelische Schulgemeinde.**

Sofort ein ordentliches
Mädchen
gesucht. 1970
Frau Jean Lipphardt, Bahnhofswirtschaft Raurel.

Reell! Vermög. Damen w. glückl. Heirat! Herren, wenn auch ohne Vermög., gibt Ausk. Jos. Stabrey, Berlin, Stolpischestraße 48. 1428

Mit verbundenen Augen

laufen die Einkäufer an ihrem Geschäft vorbei, wenn Sie ihnen nicht durch vorteilhafte Angebote in der Castroper Zeitung die Augen öffnen.